

Halb voll ist eigentlich ganz schön leer

Bleiberecht in Zeiten der Wirtschaftspleiten

von Timmo Scherenberg



Bleiberecht haben bekommen:



Zwei Jahre ist es jetzt her, dass auf der Innenministerkonferenz in Nürnberg eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete beschlossen wurde, die ein Jahr später noch durch die gesetzliche Altfallregelung ergänzt wurde. Wie schon bei Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes war von den verantwortlichen Politikern zu hören, damit sei das Problem der Kettenduldungen jetzt aber wirklich endgültig gelöst. Die Zahlen hingegen sprechen eine andere Sprache: Immer noch gibt es in Deutschland 110.000 Geduldete, 60% von ihnen sind seit mindestens sechs Jahren hier. Und auch bei denjenigen, die vorläufig eine Aufenthaltserlaubnis bekommen haben, ist noch nicht sicher, dass sie diese auch auf Dauer behalten werden.

Tausende von Anträgen noch nicht entschieden

Insgesamt haben bislang über beide Bleiberechtsregelungen zusammen etwa 53.000 Menschen mit Duldung eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis bekommen, das entspricht knapp 30% dieses Personenkreises am 31.10.2006, also zum Zeitpunkt der Verabschiedung der ersten Bleiberechtsregelung, und etwa der Hälfte der Langzeitgeduldeten. Das ist zwar mehr, als die meisten innerhalb der Flüchtlingslobby erwartet hatten, aber halbvoll ist das Glas noch lange nicht. Erschreckend ist, dass über geschätzte 12.000 Anträge noch immer nicht entschieden wurde – und dies 13 Monate nach Inkrafttreten der gesetzlichen Altfallregelung! Das ist insbesondere vor dem Hintergrund ein großes Problem für die Betroffenen, dass dadurch die Zeit, Arbeit zu finden, mehr als knapp wird. Denn wer bis Ende April keine Arbeit hat, hat keine Chance mehr – ohne Arbeit wird die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert.

Umsetzung in der Region sehr unterschiedlich

Die Zahlen zeigen aber auch, dass die Bleiberechtsregelung regional sehr unterschiedlich umgesetzt wird: so haben prozentual in Rheinland-Pfalz (39,4%) oder Hessen (37,5%) mehr als doppelt so viele Menschen mit Duldung eine Aufenthaltserlaubnis erhalten wie in Berlin oder Sachsen-Anhalt (je 17,8%). Das Parteibuch des jeweiligen Innenministers spielt bei der Umsetzung keine Rolle: Im bundesweiten Vergleich gute Werte erreichen Rheinland-Pfalz (SPD), Hessen, Thüringen und Ba-Wü (jeweils CDU) und NRW (FDP), schlechte

Werte hingegen kommen aus Berlin, Bremen, Sachsen-Anhalt (jeweils SPD), Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland (jeweils CDU).

Nahezu unüberbrückbare Hürden

Erst Anfang 2010 wird sich zeigen, wie viele der Bleibeberechtigten wirklich dauerhaft eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland bekommen werden. Um die Aufenthaltserlaubnis verlängert zu bekommen, muss der Lebensunterhalt der Betroffenen während der „Probezeit“ zumindest überwiegend gesichert gewesen sein und auch in Zukunft gesichert sein. Was angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Prognosen eine nahezu unüberbrückbare Hürde werden wird. Dies lässt den Behörden einen großen Spielraum, den sie wahrscheinlich sehr unterschiedlich nutzen werden. Es zeichnet sich allerdings ab, dass dies so verstanden werden soll, dass das Einkommen aus eigener Arbeit die bezogenen Sozialleistungen übersteigen muss. Hier liegt es auch an den Beratungsstellen und Initiativen vor Ort, dies im Vorfeld mit den jeweiligen Behörden zu diskutieren. Absurd muten indes Äußerungen des niedersächsischen Innenministers Schönemann an, der die Prognoseentscheidung für den Lebensunterhalt bis ins Rentenalter hinein ausweiten möchte und denjenigen, die später wahrscheinlich mal eine zu kleine Rente beziehen würden, heute das Bleiberecht verweigern möchte.

Aus der Bleiberechtsregelung durch Rezession?

Ein weiteres Problem ist die sich abzeichnende schlechter werdende wirtschaftliche Stimmung im Land. Schon jetzt gibt es bundesweit große Unterschiede, wie viele der Bleibeberechtigten schon Arbeit gefunden haben: dies reicht von 1/3 der Betroffenen in wirtschaftlich schwachen Bundesländern bis zu 2/3 in den südlichen Bundesländern mit geringer Arbeitslosigkeit. Der Fokus für Initiativen und Beratungsstellen wird im kommenden Jahr daher darauf liegen müs-

sen, die Bleibeberechtigten allen Widrigkeiten zum Trotz bei der Arbeitsuche zu unterstützen. Positiv sind hierbei die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten Programme zu erwähnen, mit denen die Arbeitsaufnahme der Bleibeberechtigten gefördert werden soll.

Forderung nach Bleiberecht auch ohne den Stempel: wirtschaftlich verwertbar!

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bleiberechtsregelungen zwar für viele Menschen zum ersten Mal nach Jahren der Unsicherheit eine Verbesserung ihres Aufenthaltes gebracht haben, doch von einer Lösung des Problems Kettenuldungen sind wir in Deutschland noch meilenweit entfernt. Eine richtige Bilanz wird sich wohl erst 2010 ziehen lassen, die Problemfelder zeichnen sich jedoch schon jetzt ab, und mit ihnen die Ansatzpunkte für das, was in den kommenden Jahren auch die Kampagnen der Flüchtlingslobby bestimmen wird:

Die Auseinandersetzung darüber, dass ein Bleiberecht nicht von Kriterien wirtschaftlicher Verwertbarkeit abhängig gemacht werden darf, sondern als humanitäres Bleiberecht auch denjenigen eine Perspektive geben muss, die aus welchen Gründen auch immer ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Auch darf eine kommende Regelung nicht wieder zu einer Stichtagsregelung verkommen. „Wer lange hier lebt, muss bleiben können“ – mit diesem Slogan haben wir die letzte Bleiberechtskampagne bestritten. Für uns hieß das, dass alle, die fünf Jahre bzw. drei Jahre als Familie in Deutschland leben, hier bleiben können – ohne wenn und aber. Es sieht so aus, als müssten wir die alten Transparente bald wieder aus dem Schrank holen.

Timmo Scherenberg ist Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrates

Bundesland	Geduldete am 31.10.2006	Geduldete am 30.09.2008	Langzeitgeduldete am 30.09.2008 (Aufenthalt seit über sechs Jahren)	Anteil der Langzeitgeduldeten am 30.09.2008	Erfüllte Aufenthaltserlaubnisse nach IMK-Regelung	AES nach IMK-Regelung in % der Duldungen am 31.10.2006	Erfüllte Aufenthaltserlaubnisse nach gesetzlicher Bleiberechtsregelung	AES nach gesetzlicher Bleiberechtsregelung in % der Duldungen am 31.10.2006	Erfüllte Bleiberechtsaufenthaltserteilnisse gesamt (IMK + gesetzliche Regelung)	Gesamtanteil Bleiberechtsaufenthaltserteilnisse in % der Duldungen am 31.10.2006	Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe haben, aber noch keine Arbeit gefunden haben	Anteil derjenigen, die noch keine Arbeit haben, an Gesamt-Bleibeberechtigten
BW	21.964	11.622	6.863	58,2%	3.757	17,1%	3.835	17,5%	7.592	34,7%	2.613	34,4%
BY	12.799	15.236	8.969	58,9%	1.966	15,1%	2.000	15,4%	3.966	30,9%	2.899	72,8%
HE	12.324	15.100	9.388	62,2%	4.497	36,5%	4.233	34,3%	8.730	70,9%	2.777	31,7%
HH	2.415	2.476	1.300	52,5%	1.108	44,8%	1.008	41,7%	2.116	85,5%	480	22,7%
NI	2.326	2.476	1.300	52,5%	1.108	44,8%	1.008	41,7%	2.116	85,5%	480	22,7%
SH	1.513	1.513	638	42,2%	435	28,8%	468	30,9%	903	59,7%	399	44,2%
NW	15.236	15.236	10.269	67,4%	2.362	15,5%	3.500	23,0%	5.862	38,5%	2.783	47,5%
NRW	58.160	34.821	21.637	62,1%	8.774	15,1%	11.291	19,4%	20.065	34,5%	9.747	48,6%
RP	5.864	3.597	1.854	51,5%	1.055	18,0%	1.255	21,4%	2.310	39,4%	971	42,0%
SL	2.032	1.452	804	55,4%	47	2,3%	385	18,9%	432	21,3%	301	69,7%
SN	4.458	3.159	1.601	50,7%	363	8,1%	554	12,4%	917	20,6%	387	42,2%
SNA	5.161	3.290	1.607	48,8%	334	6,5%	585	11,3%	919	17,6%	552	60,1%
TH	3.076	2.117	1.149	54,3%	216	7,0%	445	14,5%	661	21,5%	368	55,7%
THR	2.446	1.513	638	42,2%	435	17,8%	468	19,1%	903	36,9%	399	44,2%
D	178.326	109.681	65.660	59,9%	24.256	13,6%	28.721	16,1%	52.977	29,7%	23.334	44,0%

Quelle: Bundestags-Drucksache 16/10986, eigene Berechnungen

Grafik und Tabelle: Timmo Scherenberg